

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 15.03.2011
Sitzung Nummer:	17 (SSKA/17/2011)
Sitzungsdauer:	18:30 - 19:40 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Raum 150

Edith Braun
Vorsitzende/r

Sabine Herzog
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Frau Edith Braun

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Ralf Berlin

in Vertretung für Herrn Schönwald

Herr Rüdiger Kloth

Herr Bernd Prange

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Peter Zimmermann

sachkundige Einwohner

Frau Grit Dräger

Herr Dr. Gerd Heckenberger

Protokollführer

Frau Sabine Herzog

von der Verwaltung

Herr Matthias Claus

Frau Annemarie Theil

Abwesend:

Mitglieder

Herr Tiemo Schönwald

beratende Mitglieder

Herr Frank Wiese

sachkundige Einwohner

Frau Rosemarie Dizner

Frau Karin Köppe

Herr Wolfgang Liebisch

Herr Sven Oeberst

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann

Tagesordnung:

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 16. Sitzung vom 15.02.2011
 - 4 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal
hier: Grundschule Rochau und Grundschule "Nord" Stendal
Vorlage: 214/2011
 - 5 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal
hier: Grundschule Sanne und Grundschule "Nord" Stendal
Vorlage: 215/2011
 - 6 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14 - Berufsbildende Schulen des Landkreises Stendal - Restaurantfachmann/
Restaurantfachfrau im 3. Lehrjahr
Vorlage: 219/2011
 - 7 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14 - Berufsbildende Schulen des Landkreises Stendal - Fachgymnasium Wirtschaft
Vorlage: 220/2011
 - 8 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14 - Berufsbildende Schulen des Landkreises Stendal - Fachschule Sozialpädagogik nach § 18.2 BbS-VO
Vorlage: 221/2011
 - 9 Geplante ÖPNV-Investitionen 2011
Vorlage: 211/2011
 - 10 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Braun eröffnet um 18.37 Uhr die 17.Sitzung des Fachausschusses im Landratsamt Stendal, Raum 150, und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Braun stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Der Fachausschuss ist beschlussfähig. Von den Mitgliedern des Fachausschusses fehlen Herr Schönwald, Herr Wiese, Herr Oeberst, Frau Köppe, Frau Dizner und Herr Liebisch.

Herr Schönwald wird durch Herrn Berlin vertreten.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 16. Sitzung vom 15.02.2011

Die Niederschrift ist allen fristgemäß zugegangen.

Da es keine Anmerkungen gibt, gilt die Niederschrift der 16.Sitzung vom 15.02.2011 als festgestellt.

**zu TOP 4 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal
hier: Grundschule Rochau und Grundschule " Nord" Stendal
Vorlage: 214/2011**

Frau Braun weist darauf hin, dass die Beschlussvorlagen 214/2011 und 215/2011 bereits im letzten Fachausschuss am 15.02.2011 vorgelegen haben und zur Entscheidung auf die heutige Sitzung vertagt wurden. Sie können verknüpft werden, da sie die gleiche Thematik, nämlich eine Abstimmung zwischen der Hansestadt Stendal und der Verbandsgemeinde Arneburg- Goldbeck, beinhalten. Sie bittet um Diskussionsbeiträge.

Herr Dr. Richter-Mendau stellt fest, dass die vorliegenden Beschlussvorlagen bereits ausgiebig diskutiert wurden.

Herr Zimmermann äußert, sein Standpunkt habe sich nicht geändert und dass es verfrüht sei, heute darüber zu beschließen. Es würde bedeuten, dass die Grundschulen Rochau und Sanne auf Grund zu geringer Schülerzahlen zum Schuljahr 2014/ 15, wahrscheinlich schon zum Schuljahr 2013/14, geschlossen werden müssten. Zurzeit wird mit der Verbandsgemeinde Arneburg- Goldbeck diskutiert und er hofft, dass ein Kompromiss gefunden werden kann, die Schulen zu erhalten. Er lehnt es ab, heute darüber zu entscheiden und votiert für das Zurückstellen der Beschlussfassung.

Herr Berlin schließt sich dem an. Dennoch weiß er auch, dass es andere Meinungen gibt. Neben der Schließung der Grundschule Krüden im Jahr 2010 wird es noch andere Grundschulen geben, die zukünftig von Schließungen betroffen sein könnten. Er fordert auf jeden Fall kurze Wege für kurze Beine. Für die vorliegenden Beschlussvorlagen erwartet er von der Stadt Stendal Einsicht und Kompromissbereitschaft.

Herr Kloth sieht das genauso. Er bemerkt, dass die Sachlage in Bezug auf die Grundschule in Krüden anders zu werten ist, da keine längeren Wege entstanden sind. Er sieht für die vorliegenden Beschlussvorlagen noch keinen Handlungsbedarf und lehnt eine Entscheidung ab.

Herr Bartels spricht den Aspekt an, die Kostenfrage einer Immobilie nach einer Schulschließung zu betrachten, da dieses für die meisten Gemeinden nicht mehr tragbar ist. Es kann heute noch nicht gesagt werden, wie dann mit den Gebäuden umzugehen ist. Er lehnt eine Entscheidung über die zwei vorliegenden Beschlussvorlagen ab.

Herr Prange gibt zu bedenken, dass die beiden Schulen – GS Sanne und GS Rochau – gemäß Schulentwicklungsplanung bis 2013/14 Bestand haben. Mit der Gebietsreform zum 01.07.2010 haben sich neue Strukturen gebildet. Die jetzt existierenden Schulstandorte müssen respektabel sein und Planungssicherheit für die Eltern bieten. Man sollte sich mit der Verbandsgemeinde Arneburg- Goldbeck zusammensetzen unter der Zielstellung : „Was wollen wir? Wie stellen sie sich die weitere Zusammenarbeit vor?“ Er stellt den Antrag, die Beschlussfassungen zu vertagen und beide Bürgermeister einzuladen und anzuhören.

Herr Berlin unterstützt diesen Antrag. Er appelliert an die Kulanz der Stadt Stendal, mit der Verbandsgemeinde zu kooperieren, um ein vernünftiges Konzept zu erstellen. Für die 35.000 €Gastschulbeiträge für Kinder der Stadt Stendal, die die Stadt jedes Jahr zahlt, habe man auch eine Regelung gefunden. So bezahle die Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck die Differenz der Kosten, um die die Beschulung in den beiden Grundschulen teurer ist als die Beschulung in der Grundschule „Nord“ in Stendal. Für die Stadt Stendal bedeutet dies keine Finanznot. Jedoch soll die Verbandsgemeinde Arneburg- Goldbeck ein schlüssiges Konzept vorlegen, denn es geht in erster Linie um die Planungssicherheit der Eltern.

Frau Theil weist darauf hin, dass die Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck für die Erstellung“Schulentwicklungskonzept Grundschulen“ eine gewisse Zeit benötigen werde.

Dieses sei aber nicht in 4 Wochen getan, sondern angemessen erscheint ein Zeitraum von einem halben bis zu einem Jahr.

Man müsse aber auch die Stadt Stendal verstehen, die versucht, die Kinder in den eigenen Grundschulen zu beschulen. Ein Argument ist die Einsparung von Kosten. Sie verweist aber noch einmal darauf, dass die Stadt Stendal im vorliegenden Fall das Recht auf ihrer Seite habe und dieses auch vor Gericht einklagen könne.

Frau Braun akzeptiert, dass die Verwaltung auf die rechtliche Seite hinweist.

Jedoch sehe sie im Moment keine Not, da die Schulentwicklungsplanung bis 2013/14 festgeschrieben ist.

Die Gemeinden müssen sich mit dem Gebietsänderungsvertrag vom 01.07.2010 im Rahmen der Schulentwicklungsplanung erst einmal organisieren und Perspektiven erarbeiten.

Man sollte mit Augenmaß herangehen und hier der Verbandsgemeinde Arneburg- Goldbeck die Möglichkeit geben, ein Konzept für ihre sieben Grundschulen aufzustellen.

Es gehe nicht nur um die beiden vorab genannten Schulen, sondern alle Schulen der Verbandsgemeinde müssten darin berücksichtigt werden, um das Bestehen möglichst vieler Schulstandorte zu sichern. Dabei muss die Stadt Stendal eng mit der Verbandsgemeinde kooperieren, um ein vernünftiges Konzept zu erstellen.

Man sollte noch nicht darüber entscheiden, sondern erst einmal darüber befinden, wie für die Eltern Planungssicherheit geschaffen werden kann.

Es sollte gewartet werden, bis das Schulentwicklungskonzept der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck vorliegt.

Sie lehnt es ab, heute über die DS 214/2011 und 215/2011 einen Beschluss zu fassen.

Herr Claus verweist darauf, dass die Schulentwicklungsplanung bis 2013/14 zwar festgeschrieben ist, jedoch der Bestand der Schulen jährlich nachzuweisen ist.

Man wisse heute noch nicht, wie viele Kinder tatsächlich in jeder Schule ankommen und damit besteht in diesem Sinne auch keine absolute Sicherheit.

Er erinnert an das Beispiel Arneburg.

Frau Braun antwortet darauf, dass Rochau und Sanne nicht mit Arneburg zu vergleichen seien. Die Eltern sollten hier auf Antrag entscheiden können, wohin ihre Kinder zur Schule gehen und diese Entscheidung dürfe man ihnen nicht nehmen.

Herr Zimmermann gibt Herrn Claus recht. Es könnte auch dieser Fall eintreten.

Herr Kloth meint auch, dass verschiedene Fälle eintreten können.

Vielleicht werden die Schülerzahlen sogar mehr. Das kann heute noch niemand sagen.

Herr Berlin ist der Meinung, wenn die Schülerzahlen für die Grundschulen Rochau und Sanne nicht mehr für den Bestand ausreichen, wäre ein verträgliches Auslaufen der Schulen vernünftig.

Frau Braun erwidert darauf, dass dies bis 2014 nicht so kommen wird.

Man sollte bis 2013/14 an der jetzt gültigen Schulentwicklungsplanung festhalten.

Sie lässt über den weiterführenden Antrag von Herrn Prange abstimmen, der folgendermaßen lautet:

Herr Prange stellt den Antrag, die DS 214/2011 und 215/2011 zu vertagen mit der Maßgabe, dass der Verbandsgemeindebürgermeister, Herr Trumpf, bis September 2011 einen 1. Entwurf des Konzeptes für die Grundschulen seiner Verbandsgemeinde vorlegt und vorstellt.

Die Fachausschussmitglieder stimmen bei 1 Gegenstimme mehrheitlich dem Antrag zu.

zurückgestellt

**zu TOP 5 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal
hier: Grundschule Sanne und Grundschule "Nord" Stendal
Vorlage: 215/2011**

Siehe Diskussionsbeiträge zu TOP 4

zurückgestellt

**zu TOP 6 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14 - Berufsbildende Schulen des Landkreises Stendal - Restaurantfachmann/ Restaurantfachfrau im 3. Lehrjahr
Vorlage: 219/2011**

Dazu übergibt Frau Braun das Wort an Herrn Claus, der Erläuterungen zu den drei vorliegenden DS 219/2011, 220/2011 und 221/2011 gibt.

Im „Nordverbund“ (Altmarkkreis Salzwedel, Jerichower Land, Landkreis Börde und Landkreis Stendal) wurde darüber abgestimmt, an den Berufsbildenden Schulen des Landkreises Stendal folgende Fachklassen zu führen.

Zum Ersten geht es um die Bildung einer Regionalfachklasse der Restaurantfachleute im 3. Lehrjahr. Diese Fachklasse wird an der Berufsbildenden Schule I Stendal ab dem Schuljahr 2011/12 gebildet. (DS 219/2011)

Zum Zweiten soll eine Regionalfachklasse: Fachgymnasium Wirtschaft an der Berufsbildenden Schule II Stendal ab dem Schuljahr 2011/12 geführt werden. (DS 220/2011)

Zum Dritten geht es um die Fachschule: Sozialpädagogik, die weiterhin an der Berufsbildenden Schule II Stendal ab dem Schuljahr 2011/12 bestehen bleiben soll.

Frau Braun betrachtet diese Beschlussvorlagen als sehr positiv und gut für unsere Region. Die lässt im Paket darüber abstimmen:

Folgende Beschlüsse wurden dazu durch die Fachausschussmitglieder gefasst:

TOP 6 – DS 219/2011: einstimmig zugestimmt

TOP 7 – DS 220/2011: einstimmig zugestimmt

TOP 8 – DS 221/2011: einstimmig zugestimmt

Der Kreistag wird am 14.04.2011 über die Beantragung der Fachklassen zu beschließen haben.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 7 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14 - Berufsbildende Schulen des Landkreises Stendal - Fachgymnasium Wirtschaft
Vorlage: 220/2011**

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 8 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14 - Berufsbildende Schulen des Landkreises Stendal - Fachschule Sozialpädagogik nach § 18.2 BbS-VO
Vorlage: 221/2011**

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 9 Geplante ÖPNV-Investitionen 2011
Vorlage: 211/2011**

Hierzu übergibt Frau Braun das Wort an Frau Theil, die folgende Erläuterungen dazu gibt:

Am 18.01.2011 hat dazu bereits eine gemeinsame Sitzung mit dem Bau- und Verkehrsausschuss stattgefunden. Im Sachverhalt ist dargestellt, in welchen Gebietskörperschaften investive Mittel im Jahr 2011 eingesetzt werden sollen.

Es ist eine Prioritätenliste mit bislang gestellten Anträgen aufgestellt worden. Die Prioritäten wurden durch die Verwaltung gesetzt.

Die Deckung dieser Ausgaben erfolgt aus Landesmitteln gemäß § 8 ÖPNVG LSA . Die an die Gemeinden ausgereichten Förderbeträge werden auf Basis von 80 % der Gesamtinvestitionssumme der Gemeinden berechnet und als Festbetragsfinanzierung ausgegeben.

Im Haushalt des Landkreises sind für diese Förderung insgesamt 100.000 €eingestellt.

Es können aufgrund der vorgenannten Summe nicht alle beantragten Maßnahmen gefördert werden, da das Budget ausgeschöpft ist.

Für das unter Rang 9 genannte Projekt – Wendeschleife in Losse befestigen – konnte im Januar 2011 noch keine Summe genannt werden. Jetzt liegt die Kostenschätzung vor.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf 53.000 € Bei einer 80-prozentigen Förderung würde diese 42.400 €durch den Landkreis betragen.

Dies geht über das Budget des Landkreises hinaus.

In der Priorität könnte diese Maßnahme für das Jahr 2012 aufgenommen werden.

Herr Prange äußert sich zu dieser Maßnahme als Verbandsgemeindebürgermeister der „Altmärkischen Höhe“, da Losse zu seinem Zuständigkeitsbereich gehört.

Er wird prüfen lassen, ob die Maßnahme auch über die Dorferneuerung mitfinanziert werden kann. Das bedeutet, die Kosten könnten durch drei geteilt werden: Dorferneuerung/Gemeinde/Landkreis.

Die Fachausschussmitglieder nehmen dieses zur Kenntnis.

Frau Braun lässt über die Mitteilungsvorlage 211/2011 abstimmen.

Die Fachausschussmitglieder sind einstimmig dafür.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 10 Anfragen und Hinweise

Herr Berlin gibt bekannt, dass zurzeit durch das Ordnungsamt des Landkreises bautechnische Prüfungen auf das Vorhandensein eines 2. Rettungsweges durchgeführt werden.

Als Beispiel führt er an, dass nach telefonischer Rücksprache mit der Stadt Bismark die Grundschule Dobberkau betroffen sein würde. Bei Nichtvorhandensein würde die Betriebserlaubnis der Schule aufgehoben werden. Er betrachtet die Umgehungsweise als sehr schlecht und erbittet die Unterstützung durch den Landkreis.

Frau Braun stellt fest, dass für die Betreibung einer Einrichtung eine Betriebsstättenenerlaubnis vorliegen muss. Dazu gehört auch die brandschutztechnische Überprüfung.

Es ist zu unterscheiden, dass die Gemeinden Träger der Kindertagesstätten und Grundschulen sind und der Landkreis Träger der Sekundarschulen und Gymnasien ist.

Eine Gleichbehandlung der Trägerschaften sollte gewährleistet sein.

Frau Theil erläutert dazu, dass der Erlass des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr Kontrollen der Sicherheitsstandards vorschreibt. Diese gelten für alle öffentlichen Gebäude.

Dabei sind die Sicherstellung der Barrierefreiheit und der Brandschutz zu überprüfen.

Die Kontrollen werden durch die Bauordnungsbehörde durchgeführt und sind mit der Brandschutzbehörde vom Ordnungsamt des Landkreises abgestimmt worden, es handelt sich hier um Verwaltungshandeln.

Es sind über 1.000 öffentliche Gebäude zu überprüfen, prioritär: Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäuser, Altenpflegeheime.

Herr Kloth meint, dass Brandschutzkontrollen notwendig sind. Man sollte sich in den Einrichtungen vorherige Brandschutzkontrollen zeigen lassen. Er befürchtet, dass manche Schulen unter dem Niveau betrieben werden und bestimmte Auflagen nicht erfüllen können.

Von den Verwaltungsmitarbeitern verlangt er ein bisschen mehr „Fingerspitzengefühl“ bei den Kontrollen.

Frau Braun vermutet, dass die Mitarbeiter Kraft ihres Amtes überspitzt vorgegangen sind. Die kommunalen Einrichtungen sind aufgrund klammer finanzieller Mittel schlechter ausgestattet und können manche Auflagen nicht erfüllen.

Dabei darf jedoch nicht an finanziellen Mitteln gespart werden, wenn es sich um Pflichtaufgaben handelt.
Die Auflagen sind extrem hoch.
Der Landkreis kann für seine Einrichtungen auch nicht alles realisieren.

Frau Theil äußert, dass die Vorgaben gesetzlich geregelt sind und es entsprechende Urteile gibt. Es geht sogar soweit, Einrichtungen zu schließen, wenn bestimmte Auflagen nicht erfüllt werden.

Herr Berlin spricht für Schinne und Lüderitz, wo es nicht mehr möglich ist, Geld umzuschichten.
Die Städte und Gemeinden haben mehrere Schulen in ihrem Verantwortungsbereich und es kann ja wohl nicht sein, dass es zu Schließungen kommt, wenn aufgrund finanzieller Not bestimmte Auflagen nicht erfüllt werden können.

Frau Braun stimmt Herrn Berlin zu und findet die Vorgehensweise, Gebäude zu schließen, wenn die Auflagen nicht erfüllt sind, nicht in Ordnung.

Frau Theil erklärt, dass die Verwaltung die Kontrollen durchzuführen hat.
Über den „Umgangston“ wird sie aber mit den zuständigen Mitarbeitern reden.

Herr Zimmermann spricht noch einmal die Schulwegsicherheit in Hohenberg-Krusemark an.
Die Kurve am Ortseingang sei sehr gefährlich und die Verbandsgemeinde sollte klären, das Tempo hier von 50km/h auf 30 km/h herabzusetzen.

Frau Theil greift dieses Problem auf und leitet es weiter. Die Gemeinde muss an den Baulastträger einen Antrag stellen.

Herr Dr. Richter-Mendau spricht noch einmal die Beschlussfassung über die DS 214/2011 und 215/2011 an und möchte wissen, ob beide Drucksachen trotzdem in den Kreistag kommen.

Frau Braun antwortet darauf, dass heute hier der Antrag gestellt wurde, die Beschlussfassung bis September 2011 zu vertagen.
Der Landrat wird über die Weiterleitung an den Kreistag entscheiden.
Die weitere Beratungsfolge ist zu beachten. Als nächster Fachausschuss wird der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss am 24.03.2011 darüber beschließen.

Frau Braun erinnert an das Jubiläum der Sekundarschule „Comenius“, die am 02.04.11 ihren 80. Geburtstag in der Aula der Schule feiert und bittet die Fachausschussmitglieder um Teilnahme und Besuch der Veranstaltung.

Damit schließt sie den öffentlichen Teil der Sitzung.